

Der Vorsitzende, Abg. Steiner, bat die Verwaltung um Klarstellung, dass die Kreisstraßen hiervon nicht betroffen seien.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya, erläuterte, die Straßenbaumaßnahmen in den veröffentlichten Listen seien nicht aus dem Bedarfsplan gestrichen, sondern nach ihrer Planungsdringlichkeit eingestuft worden. Alle beschlossenen Neubau- und Sanierungsmaßnahmen an Kreisstraßen werden wie geplant durchgeführt.

Abg. Bausch äußerte, durch die Veröffentlichung der Prioritätenliste werden zwar die Straßenbaumaßnahmen ein Stück weit transparenter und nachvollziehbarer, insgesamt sehe aber seine Fraktion die Priorisierung der Maßnahmen sehr kritisch. Denn im Ergebnis führe sie dazu, dass bestimmte planerische Maßnahmen zunächst eingestellt werden. Auch müsse, wie in der Verwaltungsvorlage dargestellt, befürchtet werden, dass eine solche Konzentration zu einem Abbau des Planungspersonals beim Landesbetrieb Straßenbau führe. Ein weiterer Aspekt sei, dass Maßnahmen, für die keine Planfeststellung vorliege, auch in zukünftigen Jahren, in denen vielleicht wieder mehr Mittel zur Verfügung stehen, nicht realisiert werden könnten.

Abg. Tendler betonte, eine solche Maßnahme des Landes sei in der Tat kritisch zu beurteilen. Auf der anderen Seite müsse man aber auch sehen, dass solche Planungen lange dauern und selbst, wenn finanzielle Mittel zur Verfügung stünden, ziehe sich die Umsetzung noch über einen sehr langen Zeitraum hin (Beispiel: L 333 / Obere Sieg). Dadurch ergeben sich manchmal in der Realisierungsphase weitere Probleme, wie z.B. bei der L 274 Troisdorf - Spich, wo sich im Laufe der Jahre eine naturschutzwürdige Sekundärlandschaft entwickelt habe, die die Weiterplanung nicht gerade erleichtere. Nach seiner Auffassung sollte man deshalb nicht pauschal Kritik üben, sondern vielmehr jede Maßnahme für sich betrachten und durch gezielte Gespräche versuchen, das jeweilige Projekt voranzutreiben.

Abg. Metz führte aus, die gesamte Bundes- und Landesstraßenbedarfsplanung sei seit Jahrzehnten überzeichnet. Gleichzeitig haben Bund und Land mit erheblichen finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen. Deshalb seien die Mittel für den Straßenbau erheblich gekürzt worden. Eine systematische Planung sei daher sinnvoll und die Offenlegung der Listen trage zur Transparenz bei. Kritisieren könne man allenfalls, dass die Kriterien für die vorgenommene Priorisierung nicht offengelegt worden seien. Bedenken sollte man aber auch, dass es die erste Landesregierung sei, die überhaupt eine derartige Liste veröffentlicht habe. Insofern sollte man sich sachlich damit auseinandersetzen und sich insbesondere auf die Maßnahmen konzentrieren, bei denen zwischen Kreis und den Kommunen vor Ort Konsens bestehe.

Abg. Dr. Kuhlmann befürchtete ebenfalls, dass es beim Landesbetrieb Straßenbau zu einem weiteren Personalabbau kommen werden und kritisierte die mangelnde Nachvollziehbarkeit der vorgenommenen Priorisierung. Besonders ärgerlich sei aus seiner Sicht die Herabstufung des Projektes „B 56 - Ortsumgehung Swisttal“. Während nach der bisherigen Einstufung für diese Maßnahme ein „vordringlicher Bedarf“ gesehen wurde, soll jetzt erst „nach Abschluss der Planungsstufe über die Priorität entschieden werden“. Er frage sich, mit welchem Zeithorizont man jetzt rechnen müsse.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya antwortete, dies bedeute, dass die Planungsarbeiten fortgesetzt werden und erst nach Abschluss eine entsprechende Einstufung vorgenommen werde. Über die zeitliche Perspektive könne zum jetzigen Zeitpunkt keine Aussage gemacht werden.

SkB Kemper äußerte, er gehe davon aus, dass die Prioritätenliste in regelmäßigen Abständen überarbeitet werde. Er erkundigte sich, ob die Verwaltung über den Zeitpunkt der Überarbeitung informiert werde und ob es dann Einwirkungsmöglichkeiten gebe.

Planungsamtsleiter Dr. Sarikaya verneinte die Einflussmöglichkeit auf die Priorisierung. Der Rhein-Sieg-Kreis werde aber bei der Aufstellung der Bedarfspläne angehört.